

Keine Zusammenarbeit von Hochschulen mit Rüstungsunternehmen und Militär.

Der Parteitag der NRWSPD möge beschließen und an den Bundesparteitag der SPD weiterleiten:

Antrag:

Die SPD setzt sich für die Verankerung einer Zivilklausel, die Forschungsvorhaben mit explizit militärischem Ziel ausschließt, im Landeshochschulgesetz und im Hochschulrahmengesetz des Bundes, sowie für die Offenlegung sämtlicher Drittmittelgeförderter Forschungsprojekte an Hochschulen ein.

Begründung:

Gerade in globalen Krisenzeiten stehen Bildung und Wissenschaft in der Verantwortung, zur Lösung der drängenden gesellschaftlichen Probleme, zur Realisierung von menschenwürdigen Lebensverhältnissen, Menschenrechten und Frieden weltweit beizutragen. Die Ergründung von Kriegs- und Friedensursachen, Forschung für zivile Konfliktlösung, für internationale Abrüstung, für die Konversion von Kriegs- in Friedensproduktion und internationale Zusammenarbeit zur Stärkung von Völkerverständigung müssen und können dafür an Hochschulen realisiert werden. Der Einfluss von Rüstungsunternehmen und Militär auf die Hochschulen steht einer auf humane Ziele gerichteten intellektuellen Tätigkeit entgegen. Studium, Lehre und Forschung sollen deshalb zivil, demokratisch und sozial ausgerichtet werden. Daher intensiviert sich bundesweit das Engagement von Studierenden und Gewerkschaften für eine zivile Ausrichtung der Wissenschaft und es verpflichten sich immer mehr Hochschulen darauf, wie z.B. in Bremen, Berlin, Tübingen und Rostock.

Unter dem Druck der öffentlichen Unterfinanzierung der Hochschulen wurden in den letzten Jahren Hochschulen zunehmend dazu getrieben, finanzielle Einnahmen von Drittmittelgebern einzuwerben. Eine wissenschaftliche Tätigkeit in gesellschaftlicher Verantwortung wird behindert, wo bestimmte Problemstellungen im Auftrag oder unter Einflussnahme Dritter (z. B. der Industrie) gelöst werden sollen. Das partikulare ökonomische Interesse des Auftraggebers steht einer kritischen, unabhängigen und allgemeinwohlorientierten Wissenschaft entgegen. Des Weiteren hindert die vielfach bestehende Geheimhaltung der Kooperationen und Ergebnisse die Weiterentwicklung der Wissenschaft.

Die Festschreibung einer zivilen Orientierung der Wissenschaft (Zivilklausel) in den Hochschulgesetzen und die Transparenz über Forschungsk Kooperationen sind Voraussetzungen dafür, dass die Hochschulen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden und eine kritische und kooperative wissenschaftliche Praxis zur Realisierung von Frieden, Zivilität und Menschenrechten entwickelt werden kann.

„Es gäbe genug Geld, genug Arbeit, genug zu essen, wenn wir die Reichtümer der Welt richtig verteilen würden, statt uns zu Sklaven starrer Wirtschaftsdoktrinen oder -tradition zu machen. Vor allem aber dürfen wir nicht zulassen, dass unsere Gedanken und Bemühungen von konstruktiver Arbeit abgehalten und für die Vorbereitung eines neuen Krieges missbraucht werden.“

Albert Einstein, „Für einen militanten Pazifismus“.